

Erscheint wöchentlich Freitags.  
Zu beziehen nur durch die Post  
zum Preise von 1,20 M., fürs  
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Inserate kosten 30 Pfennig pro  
3 gepaltene Zeile.  
Bei Wiederholungen entsprechender  
Rabatt.

# Sattler- und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten  
Lederverarbeitungsindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 32 .: 29. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräuden-  
straße 10b .: Telefon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 6. August 1915

**Inhalt.** Beitragsleistung. — Kameradschaft. — Die  
Organisierung des Konsums und die Volkswirtschaft. —  
Eruachen wir eine gemeinschaftliche Frauenzeitung? —  
Protokoll der 6. Sitzung der Schlichtungskommission für  
das Berliner Heeres-Ausrüstungsgewerbe. — Protokoll zur  
Sitzung der Schlichtungskommission für das Leder-Aus-  
rüstungsgewerbe zu Nürnberg. — Aus unserm Beruf. —  
Korrespondenzen. — Rundschau. — Bäckerschau. — Be-  
sammlung des Zentralvorstandes. — Adressenänderungen.  
— Sterbefälle. — Anzeigen.

**Für die Woche vom 8. bis 14. August ist  
der 33. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem  
Verbande gegenüber durch pünktliche Beitrags-  
leistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle  
der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus  
Verbandsmitteln.**

## Kameradschaft.

Als eine Pflicht wird jedem Soldaten bei seinem  
Eintritt in das Heer treue Kameradschaft aus Herz  
gelegt. Das gilt besonders für die jetzige Kriegszeit  
und auch gerade in der jetzigen Kriegszeit zeigt sich  
die Kameradschaft von ihrer interessantesten Seite.  
Den idealen Wert der Kameradschaft erwartet man  
wahr im Frieden wie im Kriege in gleichem Maße.  
Die Soldaten sollen sich als Glieder eines Ganzen  
fühlen, als gleichberechtigte und gleichverpflichtete  
Teile einer großen Gemeinschaft. Aber jetzt im  
Kriege kann man so besonders deutlich einen Einfluß  
dieses kameradschaftlichen Geistes auch auf das  
praktische Leben erkennen. Gerade jetzt können  
unsere Soldaten nicht nur kameradschaftlich fühlen,  
sondern auch in bedeutend weiterem und interessan-  
terem Umfange als im Frieden kameradschaftlich  
handeln.

Das vermögen wir schon zu erkennen, wenn wir  
einmal auf Bahnhöfen oder dergleichen das Leben  
unserer ausrückenden Soldaten beobachten, die in  
langen Eisenbahnzügen als frischer Ersatz hinaus-  
geführt werden ins Feld. Aus dem Tun und Trei-  
ben spricht da zu uns ein den meisten ganz neuer  
kameradschaftlicher Geist des praktischen Lebens. Da  
ist der eine darauf bedacht, daß der andere seinen  
Vorrat an Brennstoff nicht unnützlich vergeudet oder  
dergleichen, weil andere Zeiten kommen können, da  
wird überlegt und gewirtschaftet, daß das Ganze  
mit den vorhandenen Beständen z. B. an Licht mög-  
lichst lange auskommt. Zu einer rationalen  
Gemeinschaft ist hier die Kameradschaft ge-  
worden. Und da ein Verstoß gegen dieses Tun und  
Treiben unkameradschaftlich sein würde, so ist die  
rationelle Gemeinwirtschaft hier geworden zur sitti-  
lichen Pflicht.

Zeigt uns solch ein Blick ins kameradschaftliche  
Leben unserer Krieger nicht, daß Sittlichkeit und  
Wirtschaftlichkeit nicht nur zusammen möglich sind,  
sondern daß ihr Zusammenhang, die Einheit von  
Sittlichkeit und Wirtschaftlichkeit sogar nötig ist?  
Daher ist unser wirtschaftliches Ziel nicht nur ein  
Ergebnis nüchternen Denkens, sondern das Gesül-  
ber der Einheit mit dem Ganzen ist es, das uns zu  
einem nationalen Wirtschaftsleben zwingt. Wie jene

Krieger sich in ihrem militärischen Verbände als  
gleiche Glieder fühlen, so fühlen wir uns als Glieder  
einer einen großen Welt. Und darum ist uns  
die rationelle Wirtschaft im ganzen Menschheitsleben  
sittliche Menschenpflicht.

## Die Organisierung des Konsums und die Volkswirtschaft.

Von Dr. Heinz Potthoff.\*)

In dem Maße, in dem die Feinde dem Kampf  
auf das Wirtschaftsleben verlegt haben, sind die  
Pflichten jedes Staatsbürgers gewachsen. Neben die  
allgemeine Wehrpflicht ist die allgemeine Wirtschafts-  
pflicht getreten.

Alle unvermeidlichen Erschwernisse der Lebens-  
führung nehmen Deutschlands Familien gern und  
willig in den Kauf. Aber wir sträuben uns da-  
gegen, daß der Krieg für gewisse Kreise ein ge-  
winnreiches Geschäft werde. Wir schäubern vor dem  
Gedanken, daß Bürger unseres Vaterlandes schmun-  
zeln über den Krieg quittieren; daß sie ihm eine  
recht lange Dauer wünschen, weil ihr Weizen im  
Anblick der Gesamtheit blüht.

Der Wunsch, den Krieg als Grundlage für per-  
sönlichen Gewinn auszunutzen, ist allgemein ver-  
breitet. Da ist kein Unterschied zwischen Landwirt-  
schaft, Industrie, Handwerk und Handel, zwischen  
groß und klein, zwischen Stadt und Land. Wer etwas  
zu verkaufen hat, der nimmt die höchsten Preise,  
die er bekommen kann; ganz gleich, ob das deutsche  
Heer oder das rote Kreuz oder der hungerrnde Mit-  
bürger Käufer ist. Und wer auf ein weiteres Stei-  
gen der Preise „hoffen“ kann, der hält seine Vorräte  
zurück, gibt auf Regierungsfragen falsche Aus-  
künfte, tut alles, was er kann, um die Volkswirtschaft  
zu vermehren und dadurch seinen Gewinn zu er-  
höhen. Alle Moral ist in diesen Zeiten des Welt-  
kampfes auf das höchste gespannt, nur die Ge-  
schäftsmoral ist tief gesunken. Der Wucher ist all-  
gemeine Verkehrssitte geworden. Er wird auch als  
solche von Behörden anerkannt. Keine Handels-  
kammer, keine Handwerkskammer, keine Landwirt-  
schaftskammer, kein Fachverband hat sich noch gegen  
die Ausnutzung der Kriegsnot zur Bereicherung ge-  
wandt. Die Verwaltungsbehörden bekämpfen die  
übertriebene Ausnutzung wohl mit Höchstpreisen,  
mit Beschlagnahme usw., aber nicht mit den be-  
stehenden ordentlichen Gesetzen. Diese würden voll-  
ständig ausreichen, wenn sie nur von Staatsanwäl-  
ten und Gerichten angewandt würden. Aber es  
scheint, als wäre der § 263 des Reichsstrafgesetzbuchs  
gegen Betrug und der § 302 a gegen gewerbs- und  
gewohnheitsmäßigen Wucher völlig außer Kraft  
gesetzt.

Ein solcher Widerspruch der Geschäftsmoral  
gegen die übrige Volkswirtschaft erklärt sich nur als  
Folge einer lang eingeleiteten falschen Auffassung des  
Wirtschaftslebens. Die moderne Wirtschaftsweise

\*) Nach seinem Vortrage im Bezirksausschuß  
für Konsumenteninteressen in Düsseldorf, der aus-  
führlich im Juliheft des „Monatlichen Jahrbuchs“  
veröffentlicht ist.

ist technisch ein ungeheurer Fortschritt, aber sie hat  
das Wirtschaftsleben auf den Kopf gestellt. Der  
Mensch ist nicht mehr Zweck der Wirtschaft, sondern  
nur noch ein Mittel zu einem höheren Zweck: dem  
Geldverdienen. Einst war das Gewerbe eine Art  
von öffentlichem Amt, heute ist das einzige Ziel des  
Gewerbes, ebenso des Handels, der Landwirtschaft  
der Profit. Ob die auf den Markt geworfenen  
Kleider und Schuhe von Menschen getragen werden,  
und von welchen Menschen, ist dem Fabrikanten  
völlig gleichgültig, er will nur am Absatz verdienen.  
Häuser werden nicht mehr gebaut, damit Menschen  
wohnen können, sondern damit Grundstücke rentabel  
verwertet werden.

Leider ist die staatliche Wirtschaftspolitik mit  
auf den Fehrweg gelaufen. Sie geht nicht von der  
Frage aus: Hier sind fast 70 Millionen Staatsan-  
gehörige, die sich nähren, kleiden, wohnen, etwas  
lernen, müssen; was kann geschehen, um ihnen die  
Nahrung, die Kleidung, die Wohnung usw. so reich-  
lich und gut wie möglich zur Verfügung zu stellen?  
Sondern sie fragt umgedreht. Zum Beispiel: Hier  
sind einige Millionen Menschen in der Landwirt-  
schaft tätig. Was kann geschehen, um diese Tätigkeit  
gewinnreich zu machen, um die Rentabilität von  
Getreidebau und Viehzucht zu heben? Oder gar:  
Hier sind einige hundert Millionen im Kalibergbau  
angelegt; was muß geschehen, um diesem Kapital  
eine angemessene Verzinsung zu sichern? Inse-  
re Politik geht aus von der Produktion statt vom Kon-  
sum. Im Interesse der Produktion und ihres Ge-  
winnes beschränkt, verteuert sie den Konsum be-  
stimmter Verbrauchsgegenstände. Als ob der Mensch  
auf der Welt wäre, um durch die Bezahlung be-  
stimmte private Kapitalien rentabel zu machen!

Unter solchen Umständen ist es fast selbstverständ-  
lich, daß auch im Kriege die staatliche Wirtschaft-  
spolitik nicht von den Konsumenten, sondern von den  
Produzenten ausging. Die erste wirtschaftliche  
Maßnahme des Bundesrats war eine Kontingentier-  
ung des Zuckers, damit der Zucker, das ein-  
zige Nahrungsmittel, das im Ueberfluß vorhanden  
war, nicht durch Unterbindung des Auslandsabfahes  
billig würde. Als Höchstpreise für Korn eingeführt  
wurden, da waren sie höher als die höchsten Not-  
preise des letzten Menschenalters, obgleich die letzte  
Ernte gut ausgefallen und ohne erhebliche Mehrkosten  
eingebracht worden war. Als die Kriegszugtreibe-  
gesellschaft ihre Höchstpreise herabsetzte, da wurde als  
selbstverständlich verkündet, daß die Wotpreise erst  
folgen könnten, wenn die älteren teureren Mehlvor-  
räte aufgebraucht wären. Aber als die Enticnigungs-  
preise für Hafer nachträglich um 50 M. für die  
Tonne erhöht wurden, da hatten diese Maßnahmen  
rückwirkende Kraft und die früheren Lieferanten be-  
kamen den Aufschlag nachträglich geschenkt. Bei Fest-  
setzung der Höchstpreise für Kartoffeln haben die  
preussischen Minister es ausdrücklich ausgesprochen,  
daß die Landwirte tüchtig dabei verdienen sollten.  
Und als die drohende Kartoffelnot eine starke Ab-  
schlachtung von Schweinen forderte, da jubte die  
Regierung alle großen Gemeinden, riesenmengen  
von Dauerwaren aufzutapeln, damit ja die Schweine  
sich hoch im Preise halten konnten.

Bei solchen Aufstellungen in Regierungskreisen ist es fast selbstverständlich, daß nur die Produzenten organisiert sind. Landwirtschaft, Handwerk, Industrie und Handel haben ihre am liebsten Stammern als Interessensvertretungen. Nur diese werden in der Regel als Sachverständige herangezogen, ihrem Urteil legt die Regierung hohes Gewicht bei. Es ist aber ein Mangel, daß die Produzenten nicht nur Sachverständige über die technische Seite ihrer Produktion sein, sondern auch über den Preis bestimmen sollen, den sie für die Produkte haben möchten. Hier muß ein Übergewicht geschaffen werden in der Organisation der Konsumenten. Diese hat nicht nur während des Krieges, sondern für die Dauer eine hohe Aufgabe. Denn es darf nicht so bleiben, wie es bisher war.

Die Erkenntnis ist durch den Krieg gekommen und wird hoffentlich nicht wieder verloren gehen. Wir verdanken sie unserem schlimmsten Feinde, dem englischen Versuch einer Ausbungerung Deutschlands. Die Absperrung der ausländischen Zufuhr hat uns genötigt, über eine rationelle Einrichtung unserer Ernährung nachzudenken, und wie eine Erleichterung ist es über uns gekommen, daß die Nahrungsmittel in erster Linie des Konsums wegen da sind.

Natürlich können nicht alle einzelnen Maßnahmen, die in der Notzeit getroffen sind, unverändert fortbestehen; aber traurig wäre es, wenn sie beseitigt würden, ohne daß entsprechende Friedensmaßnahmen an ihre Stelle träten; wenn wir die große Lehre verägen, die Englands Barbarei uns eingeblüht hat.

Aus den Mäuten dieses Weltkrieges muß die gesellschaftliche Ueberzeugung hervorgehen, daß der Mensch die Hauptfahde im Staate und in aller Welt ist. Alle Wirtschaftspolitik muß vom Konsumenten ausgehen und fragen: Was kann geschehen, um die Millionen recht gut und reichlich mit allem zum Leben, zum Fortwärtkommen, zur Kulturreue dienlichen zu versehen? Die Konsumenteninteressen sind ganz allgemeine Interessen. Niemand hat sie nicht, denn Konsument ist jeder, und nur diejenigen haben Gegeninteressen, die zum Schaden ihrer Mitbürger verdienen möchten. Deswegen kann der Kriegsausbruch für Konsumenteninteressen alle anständigen und sozialgeleiteten Bürger und Bürgerinnen zur Mitarbeit aufrufen. Die organisierte Kraft des Verbrauchers ist eine Macht, wenn sie sich nur bewußt betätigt. Sie kann die gegenwärtige verkehrte Wirtschaftsauffassung und Wirtschaftspolitik zur Umkehr zwingen; kann verhindern, daß auf die schmerzlichen, opferreichen Kämpfe von 1914/15 wieder wie nach 1870/71 eine Zeit rücksichtsloser Profitgier und übelsten Geschäftsschwinds folgt; sie kann die Grundlage einer sozialen Wirtschaftsverfassung legen, die sich auf dem Saße aufbaut, daß es für den Staat kein anderes höheres Ziel geben kann, als recht viele gesunde, leistungsfähige, aber auch arbeitsfreudige, glückliche Menschen zu seinen Bürgern zu zählen.

**Bräuchen wir eine gewerkschaftliche Frauenzeitung?**

Ein für die Arbeiterinnen wichtiger Beschluß wurde in der vom 5. bis 7. Juli d. J. in Berlin tagenden Konferenz von Vertretern der Vorstände der gewerkschaftlichen Zentralverbände gefaßt. Die Konferenz beauftragte die Generalkommission der Gewerkschaften, also die Zentralverwaltung der deutschen Gewerkschaften baldmöglichst ein gewerkschaftliches Frauenblatt herauszugeben.

Die Anregung zu diesem Beschluß war von der kürzlich abgehaltenen Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes gegeben worden, die auf Antrag weiblicher Verbandmitglieder folgenden Beschluß gefaßt hatte: Der Hauptvorstand wird ersucht, bei der Generalkommission die Gründung einer wöchentlich erscheinenden gewerkschaftlichen Frauenzeitung zu erwirken.

Daß der Antrag auf Schaffung einer gewerkschaftlichen Frauenzeitung gerade vom Metallarbeiterverband ausgeht, ist bezeichnend für den Wert, den gerade diese Organisation der organisierten Frauenarbeit beizumessen; denn von der Zeitung wird doch erwartet, daß sie dazu beiträgt, die Arbeiterinnen für die gewerkschaftlichen Organisationen zu gewinnen. Auch daß der Antrag in der gegenwärtigen Zeit gestellt worden ist, erhöht seinen Wert. Gerade jetzt

können wir beobachten, wie Frauen zu Arbeiten verwendet werden, die früher nur Männer verrichtet haben. Für eine erhebliche Zahl vor dies kein nur vorübergehender Zustand sein, sondern sie werden dauernd in diesen Vösten bleiben, denn Frauenkräfte sind billiger als Männerkräfte. Diesen Vorteil lassen sich die Unternehmer nicht so leicht entgehen. In einer Zeit, wo die Arbeiterschaft schon stark zu kämpfen hat, um Gesundheit und Arbeitskraft durch die Teuerung der Lebensmittel nicht zu verlieren, ist es nun doppelt notwendig, darauf zu sehen, nicht die Löhne noch durch billige Frauennarbeit herabzudrücken zu lassen.

Das kann nur verhindert werden durch die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen. Diese läßt aber immer noch viel zu wünschen übrig.

Die Berufsgruppen, die als Organisationsgebiet für den Metallarbeiterverband in Frage kommen, sind zum Teil dem Einbringen der Frauennarbeit besonders stark ausgesetzt. Gerade hier haben Technik und Erfindungen Stauenswertes geschaffen und recht oft die Verwendung von Frauenkräften an Stelle der männlichen Arbeitskraft ermöglicht. Oder sie haben, wie dies zum Beispiel durch die Erfindungen auf dem Gebiete des Beleuchtungsapparates seit circa 15 Jahren der Fall ist, ganz neue Industrien geschaffen, die zu einem erheblichen Teil weibliche Arbeitskräfte verwenden. In diesen Berufsgruppen betrug denn auch die durch die amtliche Berufszählung 1907 festgestellte Zunahme der weiblichen Arbeitskräfte seit 1895 über 570 Proz. Es waren 1907 also nahezu sechsmal soviel Arbeiterinnen dort beschäftigt, als 12 Jahre vorher gezählt wurden. Würde aber jetzt eine Zählung vorgenommen werden, wäre hier ein ähnliches Resultat gegenüber der Ziffer von 1907 zu verzeichnen.

Die weibliche Arbeitskraft ist aber nicht allein für die Metallbranche von Bedeutung. Sie spielt sogar in anderen Berufen noch eine mehr ausschlaggebende Rolle. In der Textilindustrie und im Bleichungs- und Reinigungsgerwerbe übersteigt ihre Zahl sogar ganz erheblich die der dort beschäftigten Arbeiter. In diesen Berufen war von jeder Frauennarbeit anzusetzen, oftmals als rein häusliche Arbeit, die sich zu Industriezweigen entwickelt hat. Vorhanden ist Frauennarbeit aber überall, kein Berufszweig ist mehr von ihr verschont, und überall wird Klage erhoben über ihre lohnbrüdernde Wirkung.

Diese hat verschiedene Ursachen. Frauen waren von ihrer Tätigkeit in der häuslichkeit her nicht daran gewöhnt, ihre Arbeit besonders hoch bewertet zu sehen, sie waren gewöhnt, mit wenig auszukommen. An Organisation der Frauenkräfte dachte lange Zeit niemand, da man die Bedeutung der Frauennarbeit nicht von Anfang an erkannte. Als man aber daranging, auch die Arbeiterinnen für die gewerkschaftlichen Organisationen zu gewinnen, zeigte es sich, wie schwierig es ist, Ansichten über Aufgaben und Betätigung der Frauen, die Jahrhunderte hindurch Stellung gehabt hatten, in kurzer Zeit zu beseitigen. Auch die Organisation der Männer macht große Schwierigkeiten, die heute noch nicht überwunden sind. Dabei war eine Organisation der männlichen Arbeitskräfte eigentlich immer vorhanden gewesen. Die Gewerkschaften der Handwerker früherer Jahrhunderte waren nichts anderes als Organisationen, die Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen suchten. Wenn sie auch infolge der Verdrängung des Handwerks durch die Industrie nahezu verschwanden, so blieb doch die Erinnerung an diese Verbindungen in Arbeiterkreisen bestehen und erleichterte die Werberarbeit zur Ausbreitung der gewerkschaftlichen Organisation unter der modernen Arbeiterschaft unserer Zeit.

Den Arbeiterinnen muß man dagegen gewissermaßen erst das ABC der Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisation beibringen. Daher rechtfertigt es sich, und ist es manchmal sogar Bedingung, daß man zu ihnen in einem anderen Tone spricht, als er denen gegenüber angewendet wird, denen die Anfangsgründe der Gewerkschaftsbewegung längst bekannt sind.

Außerdem kommt hinzu, daß die Vorschriften für den Arbeiterinnenschutz und die besonders für Arbeiterinnen getroffenen Bestimmungen der Arbeiterversicherungsgesetzgebung soviel Material zur Besprechung bieten und den Arbeiterinnen so wenig bekannt sind, daß auch aus diesen Gründen sich eine besondere Behandlung der Arbeiterinnen speziell angehenden Fragen notwendig macht. Dazu reicht der Raum, der den gewerkschaftlichen Fachblättern zur Verfügung steht, aber nicht aus. Die Arbeiterinnen lesen leider diese Blätter auch nicht, weil sie der Meinung sind, was darin steht, geht in der Hauptsache doch nur die Männer an. Sie werden aber sicher mit größerem Vertrauen ein Blatt in die Hand nehmen und seinen Inhalt lesen, wenn sie wissen, er ist besonders für sie bestimmt und soll ihren Interessen dienen.

Wenn es also gelingen sollte, eine Zeitung für Arbeiterinnen zu schaffen, die in ihrem Inhalt darauf geachtet ist, erzieherisch und belehrend auf sie einzuwirken, so wird diese sicherlich dazu beitragen, die Agitationsarbeit unter den Arbeiterinnen erfolgreich zu gestalten und diesen selbst den größten Vorteil bringen.

**Protokoll der 6. Sitzung der Schlichtungskommission für das Berliner Heeres-Ausrüstungsgewerbe.**

Als Vorsitzender fungieren von den Arbeitgebern die Herren Erdmann und Eckert, von den Arbeitnehmern die Herren Hymann und Wilhelm. Den Vorsitz führt Herr Ganzemüller. Als Vertreter des Sattler- und Portefeulienverbandes ist Herr Schulze erschienen.

1. Die Firma Doeberlein u. Dulberg, Prenzlauer Allee 36, zahlt für Mantelriemen 12 Pf., aber nicht den darauf entfallenden Kriegszuschlag von 20 Proz. Für Knochenschirmen wurde bis zum April 5 Pf. und später 6 Pf. pro Stück gezahlt, während der Tarifpreis 5 1/2 Pf. plus 20 Proz. Kriegszuschlag beträgt. Für Schnitzgerüemen zahlt die Firma 0 1/2 Pf., ohne jeden weiteren Kriegszuschlag und für Aufschießschrauben, und zwar nur für die beiden Luermäße, früher 4 Pf. und später 5 Pf., während der entsprechende Preis 5 Pf. plus 20 Proz. betragen muß.

Als Vertreter der Firma war Herr Dulberg erschienen, welcher den Tatbestand zugibt. Trotzdem bestreitet Herr Dulberg die Berechtigung der Klage, da die Arbeiter mit diesen Lohnsätzen einverstanden waren und erst nach ihrer Entlassung die höhere Forderungen erhoben haben. Aus diesem Grunde habe auch die Schlichtungskommission kein Recht, jetzt noch über diese Sache zu befinden.

Von Herrn Schulze wird demgegenüber festgestellt, daß er bereits Mitte März Einspruch wegen der ungenügenden Arbeitslöhne bei der Firma erhoben habe, daß sich aber die Firma, trotz genauer Kenntnis des Reichstariers, genau so ablehnend verhalten habe wie später.

Von Herrn Dulberg wird noch zum Ausdruck gebracht, daß er zu demaligen Zeit noch gar nicht Mitglied des Ausrüstungsverbandes gewesen sei. Daß weiter auch die Aufstellung des Ausrüstungsverbandes, von dem er ja nur sehr bescheidene Ansprüche habe, die Verpflichtung zur Zahlung der Tariflöhne aufhebe. Dieser Auffassung wird von Herrn Schulze widersprochen. Die Firma hat vor ihrer Aufnahme in den Ausrüstungsverband den Reichstariar schriftlich anerkennen müssen und für die Geltungsbauer des Vertrages sei auch die Firma Doeberlein u. Dulberg daran gebunden.

Die Stellungnahme der Schlichtungskommission geht dahin, daß die Firma Doeberlein u. Dulberg verpflichtet ist, vom Tage ihrer Aufnahme in den Ausrüstungsverband für die in ihrer Werkstatt ausgefertigten Militärarbeiten die im Reichstariar vorgegebenen Lohnsätze zu zahlen. Die zu wenig gezahlte Lohnsumme ist ebenfalls von diesem Zeitpunkt an nachzuzahlen, jedoch nicht für die vor dem 1. März d. J. zurückliegende Zeit.

Zu einer sofortigen Anerkennung dieser Verpflichtung kann sich Herr Dulberg nicht verstehen, da er erst mit seinem Rechtsbeistand über diese Frage Rücksprache nehmen will. Endgültigen Beschluß wird die Firma in den nächsten Tagen dem Verband der Sattler und Portefeulien übermitteln.

2. Die Firma G. Strobbach u. Co., Lindenstr. 32, hat die neuen Brustblätter (Ersatz für Stiefel) zu machen. Im Gegensatz zu der sonst üblichen Anfertigungsmethode werden die Besätze der Brustblätter an den Seiten ganz mit der Maschine durchgenäht. Die Arbeiter haben nur die Handarbeit besonders einzumachen. Es fallen also 100 Zentimeter glatte Naht und das Einflicken der Stiefelknallen und Strüppen weg. Für die verbleibende Arbeit zahlt die Firma inkl. Kriegszuschlag 3,50 Mk. Arbeitslohn. Von den Arbeitnehmern wird gegen diesen Preis Einspruch erhoben.

Als Vertreter der beklagten Firma erhebt Herr Santisch den Einwand, daß die Firma die Arbeit von einer anderen Firma übernommen habe, um ihren Betrieb nicht stillzuliegen. Sie habe bei der Anfertigung der Brustblätter gar keinen Nutzen, im Gegenteil viel Kerper und Reparaturen, um die mangelhafte Arbeit loszumachen.

Die Schlichtungskommission hält unter Berücksichtigung dessen, daß die Firma Strobbach auf eigene Kosten nachprüfen und reifen läßt, einen Akkordpreis von 4 Mk. für angemessen. Die in diesem Lohnsatz fehlende Lohnsumme müsse den Arbeitern nachgezahlt werden.

3. Die Firma Berliner Gürtel-Industrie, Rosenfelder Str. 40/41 hat Genidriemen für das neue Feldartilleriegeschütz zu machen, für die tariflich 1,25 Mk. plus 10 Proz. zu zahlen sind. Die

Firma zahlt aber nur 70 Pf. pro Stuck. Ferner laßt die Firma Patronenloschendeckel im Vertriebe auferlegen und zahlt für den Satz Deckel nur 40 Pf. obwohl die Firma bereits am 2. Juni durch Entscheidung der Schlichtungskommission zur Zahlung von 50 Pf. für den Satz Deckel verpflichtet wurde.

Herr Ebenstein, als Vertreter der Firma, gibt diesen Sachverhalt zu. Bezüglich des Genidriemens befindet sich die Firma in Unkenntnis, da dieser Genidriemen im Reichstaxif nicht enthalten ist. Die fraglichen Patronenloschendeckel werden von Mädchen gemacht, die früher in Lohn beschäftigt wurden. Diese Mädchen drängen sich zu der Affordarbeit, da sie dadurch ja bedeutend mehr als vormem verdienen.

Nach kurzer Aussprache erklärt sich Herr Ebenstein zur Nachzahlung der bei den Genidriemen zu wenig gezahlten Lohnsumme bereit. Ebenso soll auch die Angelegenheit mit den Patronenloschendeckeln im Sinne des Vertrages geregelt werden.

4. Die Firma A. Schwalbe, Kommandantenstraße 18, hat den Niernern und Stanzern bis zum 9. Juli 10 Proz. Kriegszuschlag zu den Affordlöhnen gezahlt. Ab 10. Juli wurde dieser Kriegszuschlag abgezogen und den Stanzern auch einige Affordpreise reduziert.

Herr Schlegelinger, als Vertreter der Firma, glaubt sich zu seinem Vorgehen berechtigt, da die Mietpreise und die Affordlöhne für Stanzerei nicht im Vertrage enthalten sind.

Die Schlichtungskommission ist nicht der Ansicht des Herrn Schlegelinger, worauf Herr Schlegelinger sich bereit erklärt, den gemachten Abzug aufzugeben und die zu wenig gezahlte Lohnsumme nachzugeben.

### Protokoll zur Sitzung der Schlichtungskommission für das Leder-Ausrüstungsgewerbe zu Nürnberg.

Anwesend sind Herr J. Kiffinger als Vorsitzender, die Herren Hugo Schwarzberger und Egidius und Einstein als Arbeitgebervertreiser, die Herren Karl Baum und Karl Reichlich als Arbeitnehmervertreiser. Als Vertreter der Kläger Herr U. Eckstein-Erlangen und Herr Aug. Schramm-Nürnberg. Die beklagten Firmen waren durch ihre Inhaber, die Herren Christian Feldmann-Erlangen und Moritz Häderich-Erlangen, vertreten.

Gegenstand der Verhandlungen bildet eine Klage des Verbandes der Sattler und Portefeuller, Verwaltungsstelle Erlangen, gegen die Firmen Ehr. Feldmann u. Co. und Th. Müller u. Co., Inh. M. Häderich, beide Erlangen, welche nach Angabe des klägerischen Verbandes den bei ihnen auf Verrechnung beschaftigten Arbeitern und Arbeiterinnen die im Reichstaxif festgesetzten Mindestlöhne nicht bezahlen, sondern diese Personen nach dem in Erlangen bestehenden Ortsstaxif für das Portefeuller- und Buchbindergewerbe entlohnen. Es wird verlangt, daß die zu wenig bezahlten Löhne ab 1. März 1915 sofort nachbezahlt werden.

Nach längeren Verhandlungen, in welchen die Parteien ihre Standpunkte auseinandersetzen, wurde folgender Vergleich abgeschlossen:

1. Die Firma Th. Müller u. Co., Inh. Moritz Häderich, erklärt sich bereit, ab 1. April 1915 alle zu wenig bezahlten Löhne nachzugeben, welcher Vorschlag von der Vertretung der Arbeiterschaft angenommen wird.

2. Herr Feldmann erklärt sich namens seiner Firma gleichfalls bereit, alle zu wenig bezahlten Löhne ab 1. April nachzugeben. Die Firma wird die Differenzen mit ihren Arbeitern und dem Arbeiterausschuß festsetzen. Diese Aufstellung wird als gültig anerkannt.

3. Beide Firmen verpflichten sich ferner, ab jetzt die tariflichen Stundenlöhne und Beihilfen einzuführen. Der Platz Erlangen wird in die Tarifklasse 4 des Ortsverzeichnisses zum Reichstaxif vorläufig eingereiht. Für die Nachzahlung wird jedoch seitens der Arbeiterschaft auf einen Ortszuschlag verzichtet. Es kommt hierfür lediglich der tarifliche Kriegszuschlag zur Verrechnung.

### Aus unserem Beruf.

Herrmann Behte, der Obermeister der Berliner Sattlerinnung und der Vorsitzende des Bundes Deutscher Sattlerinnungen, ist am 27. Juli plötzlich verstorben. Mit Behte geht einer der alten Innungsgarde dahin, die sich schwer an den Fortschritt unserer Tage gewöhnen konnten. Die Kulturbewegung, die aus dem Zusammenschluß der Arbeiterschaft erwuchs, sowohl als auch der Triumph der Technik und der handelswirtschaftlichen Aufschwung der letzten Jahrzehnte fanden von diesen Leuten wenig Beachtung, ja zum Teil erzeugten sie aufrichtigen Goh und Feindschaft.

Am offenen Grabe soll man nicht rüchten und wir haben auch keine Ursache dazu, denn was uns auch immer trennte, persönlich war der Berliner

Obermeister ein Mann, mit dem sich umgehen ließ. Die Zeiten, wo die Berliner Kollegenschaft mit der Nennung manch scharfer Strauß zu bestehen hatte und wo es hart auf hart ging, lagen vor der Amtszeit Behtes. Es hat zwar auch unter seiner Regierung nicht an Manifestationen gekehrt und erinnern wir nur an die beabsichtigte Gründung einer Sattler-Zunigungsstrafkassette. Unsere Kollegenschaft durchkreuzte diesen Plan und es gab ein großes Fiasko. Aber auf anderen Gebieten war die Hand des Obermeisters nicht gerade glücklich. Jedoch wir geraten hier in die internen Dinge des Bundes und der Berliner Innung, über die wir heute gern darüber hinwegsehen wollen. Behte ist 70 Jahre alt geworden und hat sich in seiner Amtszeit mehr gegen die Reider und Streber im eigenen Lager wehren müssen, als wie gegen Angriffe von außen und hat es wirklich nicht leicht gehabt. Die beschränkten Mittel der Organisation, verbunden mit ewigen Neuerungen und Versuchen ließen den Mann nicht froh werden. Behte hat aus der Hand Scheflerters nichts übernommen und er hinterläßt seinem Nachfolger auch wenig. Trotzdem muß gesagt werden, daß er bis zur letzten Stunde seines Lebens im Interesse seiner Veranlagungen gearbeitet hat und daß sich wenig Leute finden werden, die bis ins hohe Alter hinein solche undankbaren Posten verwalten werden.

Weslagnahme und Herstellungsverbot von Materialien, welche im Sattler- und auch im Portefeullerberuf eine große Rolle spielen, sind in den letzten Tagen in den Bezirken der verschiedenen Generalkommandos veröffentlicht worden. Die Wagen- und Autobranche wird außerordentlich von der Weslagnahme aller Gummi- und Laufscheibenvorräte stark betroffen. Alte und neue Autoreifen und anderes mehr gelangen zur Anmeldung. Demzufolge wird das Privatauto noch mehr eingeschränkt wie bisher. Nach mehr berührt uns aber das Herstellungs- und Verarbeitungsverbot von Baumwollfabrikaten und die weiteren Maßnahmen und Bestandsüberhebungen von Vastfaserstoffen, Jute, Nalch usw. Aus der vorigen Nummer unserer Zeitung konnten unsere Mitglieder schon ersehen, in welcher ungeheurer Weise diese Verordnungen auf die Textilindustrie einwirkten. Tausende von Arbeitern werden brotlos, wenn nicht ein Ausweg gefunden wird. Die Verarbeitungsindustrien werden aber nicht weniger hart getroffen. Hauptächlich werden die Buchbinder, das Sattler- und Portefeullergewerbe und die Tapezierbetriebe berührt. Die Fabrikation der meisten Futterstoffe, wie sie in der Lederwarenbranche gebraucht werden, steht in Frage, ferner die Anfertigung von Gürteln, Windjacken und gewissen Sorten Nähmaschinen. Durch diese Verordnungen wird tief in das Wirtschaftsleben der betreffenden Verufe eingegriffen. Hier zeigen sich mit Deutlichkeit die Folgen des Krieges, es bleibt nichts mehr übrig, was nicht unter dem Druck der Zeiten zu leiden hätte. Mit dem Augenblick, wo es uns gelingen sollte, diese Hochprodukte wieder vom Ausland zu beziehen, dürfte diese nachteilige Krise behoben sein.

Wir wären unseren Mitgliedern sehr dankbar, wenn sie uns sofort Mitteilung machen würden, wo durch diese Maßnahmen Betriebsstörungen eintreten.

„Sieben Sattler machen einen Kurfürsten aus.“ Mit diesem alten Sprichwort glaubt der Inhaber einer weslischen „Wagh-Sattlerei“, wie die Firma Engelhard u. Co. in Münster i. W. ihr Geschäft großzügig zu benennen beliebt, einen Artikel der „Deutschen Sattler-Zeitung“ beschließen zu können, in dem der Nachweis erbracht werden soll von der Bedeutung der Sattlerei im Kriege. Wir glauben schon das Anrecht zu besitzen, alle bedeutenden Firmen, welche für die Heeresausrüstung in Frage kommen, mindestens dem Namen nach zu kennen, die Groß-Sattlerei Engelhard u. Co. ist allerdings nicht darunter und haben wir bisher noch nichts von ihr vernommen. Aber abgesehen davon dürfte bei den Regierungsstellen, an die der Inhalt des Artikels gerichtet ist, dieses Selbstbewußtsein, unter vornehmlicher Berufung auf die alte Sattlerkunst, recht wenig Eindruck hervorrufen. Wenn auch manches treffliche Wort über die Schädlichkeit des Zwischenhandels gesagt wird, so dürfte der Verfasser doch im allgemeinen daneben faulen. Wer die Berufsverhältnisse kennt, weiß, daß für die Friedensverhältnisse genügend, wenn nicht zuviel, Betriebe für die Herstellung von Ausrüstungsgegenständen vorhanden sind. Auch ist es unrichtig, daß die Zahl der Arbeiter nicht genügt und daß der Nachwuchs fehlt. Im Gegenteil darf für die Militärindustrie gesagt werden, daß in den letzten 15 Jahren ein jählicher, gut ausgebildeter Stamm Militärsattler herangebildet wurde. Diese Betriebe liegen allerdings nicht in Münster i. W. Bei einer rationalen Einteilung hätte dieser Arbeiterkammern genügt, um selbst den Anforderungen eines gewöhnlichen Krieges zu genügen, insbesondere aber in Verbindung mit den Artilleriewerkstätten, welche auf den Großbetrieb eingerichtet sind. Nebenfalls ist es aber aus-

geschlossen, daß der Staat mit Hilfe der Sattlermeister eine umfassende Organisation schaffen kann, die den Ansprüchen eines solchen Weltkrieges genügt. Wir haben schon in der letzten Nummer unserer Zeitung darauf verwiesen, daß vielleicht manches anders hätte gemacht werden können. Wir sind allemal gezeiter, wenn wir vom Mathaus herunterkommen, als wenn wir hinaufgehen. Aber wir hatten es zur Stunde für verfehlt, diese Diskussion zu eröffnen. Es dürfte in den Stellen des Kriegsministeriums jetzt wenig Neigung bestehen, sich mit diesen Fragen zu beschäftigen, zumal noch kein Ende des Krieges abzusehen ist. Wir halten auch die von Herrn Engelhard empfohlene Methode, mit Hilfe der Handelskammer Kisten „leistungsfähiger Großsattlereien“ aufzustellen, für falsch. Die angebliche Stunde ist schon gar nicht hierfür geeignet, weil sich zurzeit eine natürliche Scheidung in diesem Gewerbe vollzieht, die erst vollständig abgewartet werden muß. Aber auch die Art der Fragestellung, die der Verfasser vor schlägt, lautet durchaus nichts, verrät aber auf den ersten Blick, daß man es mit einem Nichtfachmann auf dem Gebiete der Militärsattlerei zu tun hat. Die Frage 1: Wann ist das Unternehmen als Sattlergewerbe gegründet? hat für die Beurteilung der Leistungsfähigkeit eines Betriebes zunächst gar keine Bedeutung. Das Alter des Betriebes, noch die Tatsache, daß ein Sattlergewerbe angemeldet ist, bedingt noch keine Garantie für eine prompte und ergrte Lieferung für die Heeresverwaltung. Die 2. Frage: Wird Grob- oder Feinsattlerei betrieben? muß das Rätseln jeden Fachmannes hervorrufen. Der Begriff Grob- und Feinsattlerei stammt aus dem vorigen Jahrhundert und wird heute kaum noch angewandt, es sei denn in den reinen Pferdegeschirrbuden. Was sollen aber die Regierungsstellen mit dem Resultat solcher Antworten anfangen. Die ungeheure Spezialisierung, welche heute zu verzeichnen ist, geht auch über die anderen Fragen des Herrn Engelhard hinweg. So z. B. ob der Inhaber des Geschäftes ein gelernter Sattler ist. Für unseren Leserkreis haben wir es nicht notwendig, den Nachweis der Bedeutungslosigkeit solcher Fragen zu erbringen. Wenn wir diesen Artikel richtig verstehen, so glaubt man, daß die Stunde gekommen ist, das Sandwerk in empfehlende Erinnerung zu bringen, weil der Mlav in wenigen Wochen aufgelöst wird. Auch dürfte es sicher sein, daß der Regierung die Forderung auf Beseitigung der Konturen der Artilleriewerkstätten wenig gefallen wird. Die Kellamierung dieser Arbeiten für die Sattlermeister zeigt mit Deutlichkeit, daß die Verschiedenheit, welche man an anderer Stelle des Artikels zur Schau trägt, indem darauf verwiesen wird, daß die Verkaufspreise in erster Linie die Interessen der Landesverteidigung im Auge haben und nicht die Verdienstmöglichkeit, eine trügerische Maske ist. Und wenn der Fackelstiel, der sich in unserer Epikurade ausdrückt, jemals einen Stoß bekommen hat, dann sicher jetzt während des Krieges. Wenn man zum Schluß die Höhe unserer Technik für das hohe Ansehen des Sattlerhandwerks und zur Bekräftigung des Sprichworts: „Sieben Sattler machen einen Kurfürsten aus“ anführt, so steht man vor einem Rästel unter der Verwischung, daß dieser Artikel im Mutterlande deutscher Industrie entstanden ist, wo die handwerklichen Sitten und Methoden einer hochentwickelten Technik weichen mußten.

Die Behörden, welche über die Produktion der Heeresausrüstung zu wachen haben, dürften aus diesem Kriege auch etwas gelernt haben und demzufolge die Vorschläge des Herrn Engelhard wenig Gehör finden.

### Korrespondenzen.

Hamburg-Altona. (E. 27. 7.) In der Mitgliederversammlung am 22. Juli erstattete Kollege Gehe zunächst die Abrechnung des 2. Quartals. Einnahme und Ausgabe der Zentralkasse balanzierte mit 2840,45 M. Der Mitgliederbestand war 479 männliche und 6 weibliche Mitglieder. Wegen rückständiger Beiträge mußten 180 männliche und 45 weibliche Mitglieder ausgeschlossen werden, meistens sogenannte Kriegsmilitärglieder, welche wohl zahlen, wenn die Werkstattoffiziere energisch genug sind, hier zu drängen, das Zahlen aber dann vergessen, wenn es heißt, freiwillig seine Pflicht zu tun. Redner stellt ein derartiges Reihenshausen in der Mitgliederliste für das nächste Quartal wieder in Aussicht, wenn die Kollegen nicht mehr wie bisher ihre Pflicht tun. Da die Mehrzahl der Ortsverwaltungsmitglieder jetzt eingezogen werden, wurden die Kollegen Eingrieber, Gründer und Abw. Müller in die Ortsverwaltung und Kollege Gaafe als Arbeitsausschreiber gewählt. Sodann berichtet Kollege Kleinan über die örtlichen freiwilligen Kriegszüge. Eingegangen sind bisher insgesamt 8258 M. Davon sind ausgegeben: An Familien der eingezo-

genen Kollegen zu Weihnachten 720 Mk., zu Ostern 1000 Mk., im Juli 700 Mk., einzelne Unterhaltungen 81 Mk., Zuschuß zu Sterbeunterstützungen 55, Arbeitslohn 317,56 Mk., insgesamt 2433,56 Mk. Außerdem sind 500 Mk. an die Kriegshilfe des Gewerkschaftsartikels abgeführt und zum 50 im Felde stehende Kollegen bei der Kassenführung mit je einem Anteilstein zu 5 Mk. auf Gegenleistung versichert. Auf der Sparkasse sind 1000 Mk. belegt, welche für spätere Unterhaltungen reserviert bleiben. Zudem wurde die Lage in unserem Beruf am Orte besprochen. Die Militärarbeit hat hier bedeutend nachgelassen. Die großen Aufträge sind fertiggestellt und sind neue Aufträge so gut wie keine vorhanden, ob noch Militärarbeit noch hier kommt, sei eine Frage der Zeit. Die meisten Kräftebetriebe sind im Aussterben begriffen. Auffällig hierbei ist, daß in einigen Betrieben gefürchtete Sattler entlassen werden, während in denselben Betrieben Angehörige anderer Kasse, wie Maurer, Bauarbeiter, Tischler usw. weiter beschäftigt werden und Sattlerarbeit verrichten. Besonders ist dies in dem Zwischenbetrieb von C. Reichert der Fall, welcher Tischler für den Unternehmer F. S. Leopold anfertigt. A. hat circa 50 meistens gelernte und eingearbeitete Sattler entlassen, während Angehörige genannter Berufe dort weiter sitzen und Fortschritt machen. Dieses Treiben kann nur den Zweck haben, diejenigen Kollegen, die für pünktliche Einhaltung des Tarifs gewirkt haben, loszuwerden, um ungeeignete Verschlechterungen einzuführen. Dabei ist Herr Reichert ein Mann, welcher sich früher als eifriger Streber für unsere Sache hervortat und sich als tüchtiger Arbeitgeber auch gern solchen Ansehen gab. Sollte die Militärarbeit dort länger anhalten, werden die in Betracht kommenden Kommissionen sich wohl noch mit diesem Herrn beschäftigen müssen.

**Verstau.** (S. 31. 7.) Am 24. Juli sprach Kollege Michel-Berlin über das Thema: „Ist der Reichstaxi in Gefahr?“ Redner führte aus, daß nach den vielen Anträgen beim Zentralvorstand zu urteilen, bei der Kollegenchaft die Besorgnis besteht, daß durch die Auflösung des Klaus die Existenz des Reichstaxi in Frage gestellt wird, weil dann der Vertragsunterzeichnet selbst. Zugegeben muß werden, daß der Durchführung des Vertrages ohne Unternehmerorganisation Schwierigkeiten entstehen, aber durch die Auflösung des Klaus ist kein Unternehmer vom Vertrage entbunden. Das Kriegsbeschaffungsamt hat schon die Einhaltung des Reichstaxi in seine Versicherungsbedingungen aufgenommen und wie sich bestrebt, bei den übrigen Vergebungstellen das gleiche zu erzielen. Sollte eine neue Unternehmerorganisation zustandekommen, so ist sie uns zur Durchführung des Reichstaxi willkommen, denn gerade die Schlichtungsinstanzen, die ja die Seele des ganzen Vertrages sind, können nur durch das Vorhandensein beiderseitiger Organisationen ihre volle Tätigkeit entfalten. Leider muß aber auch ausgesprochen werden, daß der Reichstaxi durch die Arbeiter selbst in Gefahr gebracht wird. In den vielen Zwischenmeisterbetrieben, die wir jetzt in Deutschland haben, werden zumeist Berufs fremde beschäftigt; bei der jetzt rapide niedergehenden Konjunktur sind diese Leute nicht zu bewegen, die tariflichen Lohnsätze zu verlangen; daselbe gilt von den Heimarbeitern, die sich gegenseitig unterbieten. Hiergegen muß die Organisation einschreiten, und diese Arbeiter haben dann die Folgen ihrer Handlungsweise sich selbst zuzuschreiben. Mäße daher jeder Kollege seine Pflicht erfüllen, damit der Reichstaxi auch über diese Näherung hinwegkommt. Die Verammlung war mit diesen Ausführungen ganz einverstanden. Von den anderen örtlichen Sachen, die dann zur Verhandlung kamen, sei auch die Schlichtungskommission erwähnt. Diese hat uns schon sehr gefehlt, da wir bereits vor längerer Zeit schon Streitigkeiten hatten, die vor die Kommission gehörten. Wir unsererseits hatten schon längst dazu Stellung genommen, bloß bei den Herren Arbeitgebern wollte das nicht gehen; es wurde immer wieder hinausgeschoben. Da wieder Verstöße gegen den Tarif vorlagen, so haben auch endlich die Herren Arbeitgeber auf Veranlassung des Klaus ihre Kommission zustande gebracht. — Ein hiesiger Fabrikant (auch ein Kräftebetrieb), der Postfädel fabriziert, hatte seinen Leuten vor kurzer Zeit starke Abzüge gemacht. Alle Vorstellungen seiner Leute und alle Hinweise auf den bestehenden Tarif waren anfangs umsonst. Erst eine persönliche Rücksprache des Kollegen Michel mit dem betreffenden Betriebsinhaber hatte den erwünschten Erfolg, indem er versprochen hat, daß er den Tarif in allen Punkten anerkennen wird. — Hieraus wurde die Abrechnung des 2. Quartals gegeben. Dazu sei bemerkt, daß auch unsere Filiale gegenwärtig den höchsten Mitgliederstand seit ihrem Bestehen erreicht hat, trotzdem schon 101 Kollegen zum Militärdienst eingezogen worden sind; gewiß für unsere Verhältnisse ein recht hoher Prozentsatz.

### Bücherschau.

**Ein Führer durch die Fragen der Gegenwart.** Ein merkwürdiges Zeichen unserer Zeit — und gewiß feins von den schlechten — ist die tiefgehende religiöse Bewegung der Geister. Mag sie vielen „Neugläubigen“ von rechts und von links ein Grauel sein, weil solche Bewegung dieses, wenn nicht gar alles in Frage stellt, woran ihrer Ueberzeugung nach nicht gerüttelt werden sollte, — die Tatsache dieses Mittels bezieht einmal und Leben ist Bewegung. Wenn sollte da nicht ein sachkundiger Führer willkommen sein, der uns in dem Wirrsal der aufeinanderplagenden Meinungen und der „Halle“ (Jotho, Kraab, Volkmer, Traub, Seydorn, Henn usw.) „ohne Daß und Eifer“ zurechtweist? Einen solchen ausgezeichneten Führer finden wir in dem neuen erschienenen neuesten Jahres-Supplement zu Meyers Großem Konversations-Lexikon (des Gesamtwerkes 24. Band \*), worin wir auch die religiösen Kämpfe der Gegenwart ausgiebig berücksichtigt finden. Das betrifft schon der neun Spalten lange Artikel „Kirchenwesen (evangelisches) in Deutschland“, der durch seine tiefe Sachlichkeit jeden Gebildeten ungeniem wühlend berühren und durch seine Sachkunde festeln muß. Ergänzend zur Seite oder gegenüber steht ihm der Artikel „Römisch-katholische Kirche“, der natürlich auch den bayerischen Jesuitenerlaß ausführlich bespricht. Das Widerpiel der in diesen Artikeln geschilderten kirchlichen Bewegung, der „Monismus“, findet Berücksichtigung in einem kurzen Bericht über den Hamburger ersten internationalen Monistenkongreß. Je länger wir in dem schön ausgestatteten Bande blättern, um so mehr erkennen wir, welche unerhörliche Fundgrube der Belehrung hier dem Gebildeten wiederum geboten wird. Es wäre ein Leichtes, dies durch Hunderte von Zeilen zu erhärten, doch beschränken wir uns darauf, einige wenige Fragen herauszugreifen. Der Artikel „Börse“ berichtet über die neuesten einschlägigen Gesetze, Verordnungen, Mängeländerungen usw., der Artikel „Anseerkauf“ beschäftigt sich mit den auf diesem Gebiet eingereiften Mißbräuchen und den gegenüberstehenden Gegenmaßnahmen. Unter „Konjunktur“ wird eine interessante Statistik über diese Symptome unseres Wirtschaftslebens aufgemacht. Der moderne „Kapitalismus“, sein Ursprung und seine Entfaltung, seine Ausdehnung und Wirkung bis auf die Presse, auf das Theater, auf die Vergnügungen, auf die Mode usw. wird in anregender und abgerundeter Form behandelt. Mit der Arbeiterfrage befassen sich zahlreiche Artikel, wie z. B. „Arbeiterversicherung“, „Arbeitsmarkt“, „Arbeitsnachweise“, „Minimallohn“, „Reichsarbeitsblatt“, „Schieds- und Einigungsämter“, „Versicherung im Deutschen Reich“, „Ebnidalismus“, „Sozialpolitische Bewegung“ u. a. Andere soziale Fragen werden besprochen in den Artikeln: „Mittelstandsbewegung“, „Kriegswirtschaft“ (Krieg und Volkswohlfahrt), „Monopol“, „Moralstatistik“, „Alkoholismus und Schule“, „Schulpeinungen“, „Kinderheilstätten“, „Kindererziehungen“, „Arbeiterwohlfahrten“, „Soziale Frauenschule“, „Institut für soziale Arbeit in München“, „Landwirtschaftlicher Unterricht im Heere“, „Auswanderung“, „Sterblichkeit im Beruf“, „Bevölkerungsbewegung“ (Geburtenrückgang), „Kinderprivileg“, „Junggelehensteuer“, „Frauenstimmrecht“, „Volkswirtschaftslehre in Deutschland“, „Einsamtenhaus“ u. a. Auch Schul- und Erziehungsfragen werden in zahlreichen Artikeln behandelt. Daß die Redaktion die Zeitereignisse up to date verfolgt hat, beweisen unter anderem die unter „Türkisches Reich“ behandelte Geschichte des Balkanrieges und die Biographie des am 5. November 1912 erwähnten amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, die Artikel „America“ und „Marokko“. Schließlich möchten wir noch auf den reichen bildlichen Schmuck an Tafeln und Textillustrationen hinweisen, mit dem auch dieser Schlußband des „Großen Meyers“ ausgestattet ist. Mit Rücksicht auf den Raum erwähnen wir davon hier nur die meisterhaften Vorträftafeln der (meist noch lebenden) Koryphäen der Anatomen, Astronomen, Mediziner, Meteorologen, Physiologen und Volkswirte.

**Krieger-Menten.** Änderungen bei der Kriegsunterstützung sind durch eine ganze Reihe von Erlassen und Verordnungen in der letzten Zeit eingetreten. Der Kreis der unterstützungsberechtigten Personen ist zum Teil ganz erheblich ausgedehnt worden. Bekanntmachungen und Verordnungen, die

bisher unbekannt und unbeachtet gewesen sind, haben jetzt nicht unerhebliche Bedeutung erlangt, weil sie Rechtsansprüche enthalten, die für die Kriegsfamilien von erheblicher Bedeutung sind. Es sei nur auf die Gewährung von Löhnen an die Ehefrauen von Kriegsgefangenen, an die Erhaltung von Schulgeld durch die Truppenteile und auf die Erweiterung der Kriegsunterstützungen für Familien der Kriegsteilnehmer hingewiesen. Daß bei allen diesen Dingen eine ungeheure Unklarheit besteht, ist nicht verwunderlich. Da kommt denn ein kleiner Ratgeber, der Klarheit in diese Verhältnisse zu bringen imstande ist, gerade zur rechten Zeit. Der Verlag W. Pfannkuch u. Co. in Magdeburg hat indeed einen Nachtrag zu dem Führer „Krieger-Menten“ herausgegeben, der in klarer Weise das Erforderliche behandelt. Der Nachtrag wird unentgeltlich an die Käufer des Buchleins abgegeben. Der Preis für den Führer mit dem Nachtrag hat sich trotz dieser wertvollen Ergänzung nicht erhöht, er beträgt 40 Pf. Dem Schrifftlichen ist die weitest Verbreitung dringend zu wünschen.

### Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

**VI. Kriegstatistik.** Die Ortsverwaltungen werden dringend ersucht, den Fragebogen über die Organisationsverhältnisse vom 31. Juli umgehend einzuliefern.

**Rieterpreise.** Die Fragebogen über die Rieterpreise stehen gleichfalls zumeist noch aus. Die Einsendung derselben ist dringlich, und ersuchen wir umgehend um Ausfüllung und Absendung der Fragebogen.

**Adressenänderungen.**  
 Bauen. B. Mich. Peters, äußere Lauenstraße 36 I h. Schiffe.  
 Königsberg i. Pr. B. Danned, Sternwartestr. 47.  
 Rürnberg. B. August Schramm, Spohrstr. 6.

**Sterbetafel.**  
 Berlin. Am Sonnabend, den 24. Juli, verstarb unser Mitglied **Fritz Dagen**, 24 Jahre alt, an Herzschwäche. — Am selben Tage verstarb ferner unser langjähriges Mitglied **Franz Heinze**, 40 Jahre alt, an Gehirnlähmung. — Am Freitag, den 23. Juli, verstarb das Mitglied **Adolf Wud.**, 39 Jahre alt, an Herzleiden.  
 Kaiserlautern. Im Alter von 51 Jahren verstarb am 29. Juli unser langjähriges Mitglied **Gustav Krause**.

## ANZEIGEN.

**Helmladierer**  
 findet sofort gutbezahlte Stellung bei **Rudolf Wiemer & Co., Mülheim-Ruhr**

**Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuille und Kofferherren liefert als Spezialität**  
**Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63**  
 Gegründet 1880.  
 Preislisten S. P. gratis und franco.

**Für den Kummerbau!**  
 Vollständige, Evansformen für Panzerbleche, Klappformen usw.  
 Ausführung jeder Art Holzteile für den Heeresbedarf.

**Georg Fisch, BERLIN N. 39, Chausseestr. 88**  
**Treibriemenhobler**  
 für dauernde Beschäftigung gesucht.  
**Frdr. Dannaß jun., Treibriemenfabrik Berlin-Tegel.**